

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula; Bürklin, Wilhelm

Eliten

Datum der Zweitveröffentlichung: 02.05.2023

Verlagsversion (Version of Record), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-593103

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula; Bürklin, Wilhelm: Eliten. In: Handbuch zur deutschen Einheit : 1949-1989-1999. Weidenfeld, Werner; Korte, Karl-Rudolf (Hg). Frankfurt am Main : Campus-Verl., 1999. S. 317-330.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt eine Creative-Commons-Lizenz.



Die Lizenzinformationen sind online verfügbar:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>

Eliten

→ Bundesrepublik Deutschland: Geschichte, Bundesrepublik Deutschland: Politisches System, DDR: Geschichte, DDR: Politisches System, Frauen, Juden, Kirche, Medien, Parteien, Politische Kultur, Sozialer Wandel, Strukturwandel, Verbände, Verhandlungen zur deutschen Einheit: Innerer Prozeß.

1. **Elitebegriff und Eliteforschung:** Unbeschadet der Tatsache, daß der Elitebegriff in der Alltagssprache meist mit normativen Erwartungen an die moralische und fachliche Qualität der Inhaber von Führungspositionen in der Gesellschaft verbunden ist, wird er in den Sozialwissenschaften als wertneutraler und empirisch operationalisierbarer Begriff verwendet, der als Instrument zur Erforschung gesellschaftlicher Machtstrukturen und der politischen Durchsetzungschancen verschiedener Interessen eingesetzt wird. Die Zugehörigkeit zur Elite wird dabei festgemacht an den Chancen einer Person, politische Entscheidungsprozesse regelmäßig und erheblich zu beeinflussen.

Durch die Demokratisierungsprozesse in zahlreichen Ländern Lateinamerikas, Süd- und Osteuropas, Ostasiens sowie den vormals kommunistisch regierten Ländern Osteuropas seit den 70er Jahren ist die Rolle von Eliten im letzten Jahrzehnt zu einem wichtigen sozialwissenschaftlichen Forschungsgegenstand geworden. Vorrangig wird dabei untersucht, unter welchen Bedingungen sich in den Eliten nicht-demokratischer politischer Systeme die Bereitschaft zur Einführung demokratischer Institutionen entwickelt, welches die Voraussetzungen für die erfolgreiche Bildung autonomer Parteien und Interessengruppen sind und in welchem Maße sich in Kooperation zwischen alten und neuen Eliten eine *konsensuell geeinte Elite*¹ herausbildet. Eine solche Eliteformation zeichnet sich durch die Existenz eines breiten Konsenses über die Wünschbarkeit einer funktionsfähigen Demokratie sowie durch die Bereitschaft aus, mit konkurrierenden Eliten auch über ideologisch-programmatische Trennlinien hinweg zu kooperieren.

Die empirische Erforschung gesellschaftlicher Eliten geht – soweit es sich um gesamtgesellschaftliche und nicht um lokale Eliten oder die Eliten einzelner Organisationen handelt – bei der Festlegung, welche Personen zur Elite gehören, vom sogenannten *Positionsansatz* aus. Dieser basiert auf der Annahme, daß die Zugehörigkeit zur Elite in komplexen Gesellschaften an die Einnahme von Führungspositionen in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren gebunden ist. Dabei legt man zunächst die in die Untersuchung einzubeziehenden Sektoren fest, zu denen in erster Linie Politik, öffentliche Verwaltung, Wirtschaft, Verbände und Massenmedien gehören. Daneben werden teilweise auch noch weitere Sektoren wie Wissenschaft, Kultur, Kirchen, Justiz, Militär usw. berücksichtigt. Diese breite Definition zeigt bereits, daß die politische Willensbildung nicht alleine durch *politische Eliten* dominiert wird, sondern auch durch die aktive Beteiligung von Angehörigen anderer Sektoren, die hier der Einfachheit halber als *nichtpolitische Eliten* bezeichnet werden sollen, obwohl sie natürlich ebenfalls eine eminent politische Rolle ausüben. Innerhalb der ausgewählten Sektoren werden dann jeweils die bedeutendsten Orga-

nisationen identifiziert und die Inhaber der wichtigsten Führungspositionen innerhalb dieser Organisationen schließlich für die Untersuchung ausgewählt.

Die empirische Eliteforschung befaßt sich vorrangig mit drei Fragestellungen. Erstens behandelt sie die soziale Komposition von Eliten, d. h. ihre soziodemographischen Merkmale (soziale Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildungsniveau) und ihre Karrieremuster. Diese geben Auskunft über die Zugangsvoraussetzungen zu Elitepositionen, die natürlich sektorspezifisch variieren können. Ein zweiter Fragenkomplex bezieht sich auf die Wertorientierungen und die politischen Einstellungen der Eliten. Diese können zeigen, wie breit der Konsens über politische Grundprinzipien ist und welche Konfliktlinien zwischen verschiedenen Parteien und Organisationen existieren. Eine dritte Fragestellung richtet sich auf die Elitenetzwerke. Hier sind sowohl die Beziehungen der Eliten untereinander als auch die zur übrigen Gesellschaft von Interesse. Netzwerkanalysen können ferner Auskunft darüber geben, welche Organisationen besonders eng miteinander verbunden sind und welche Eliten eher eine Außenseiterrolle zukommt.

Als methodisches Instrumentarium kommen die Sammlung und statistische Analyse von Informationen aus Nachschlagewerken, die Durchführung von Inhaltsanalysen (z. B. von Reden oder Publikationen) sowie die Durchführung von schriftlichen oder mündlichen Befragungen in Betracht. Auch eine teilnehmende Beobachtung kann Aufschlüsse liefern, ist aber aufgrund von Problemen beim Feldzugang in der Regel nicht möglich.

2. Eliten und Demokratie: Das Hauptanliegen der frühen Elitetheoretiker (V. Pareto, G. Mosca, R. Michels) war es, die Unmöglichkeit direkter Demokratie im Sinne einer Beteiligung aller Bürger an politischen Entscheidungen sowie die Universalität von Herrschaft und der Existenz von Eliten nachzuweisen. Diese Universalität impliziert allerdings keinesfalls, daß Herrschaftsbeziehungen überall in derselben Weise organisiert sind. Auch ergibt sich daraus noch keine Unvereinbarkeit von Eliten und Demokratie. Vielmehr setzt repräsentative Demokratie die Existenz konkurrierender politischer Eliten geradezu voraus. Gleichzeitig ist sie aber mit der Existenz einer exklusiven, homogenen Elite unvereinbar, die alle Aspekte des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dominiert. Aus den Prinzipien der Meinungsfreiheit, der Eigentumsgarantie und der Organisationsfreiheit ergibt sich, daß die Autonomie verschiedener gesellschaftlicher Sektoren respektiert wird. Dementsprechend ist auch der Zugang zu gesellschaftlichen Führungspositionen sehr viel offener als in nicht-demokratischen Gesellschaften.

Die Ungleichverteilung politischer und gesellschaftlicher Macht ist in Demokratien prinzipiell legitimationsbedürftig. Die Legitimationsgrundlage ist dabei je nach Sektor unterschiedlich: Während sie bei den politischen Eliten auf Wahl beruht, kann der politische Einfluß anderer Eliten lediglich aufgrund allgemeiner demokratischer Prinzipien legitimiert werden, v. a. der Meinungs- und Organisationsfreiheit sowie der prinzipiellen Offenheit des Zugangs zum politischen Willensbildungsprozeß, auch wenn dies spezifische Verzerrungen der politischen Willensbildung zugunsten etablierter, hochorganisierter und finanzstarker Interessen nicht ausschließt.

3. Eliten und politische Systembrüche in Deutschland: 1919, 1945, 1989

3.1. *Zur Datenlage:* Angesichts der diskontinuierlichen Entwicklung der Demokratie in Deutschland hat sich hier die Frage nach den Beziehungen zwischen Elitestructur, Elitehandeln und Demokratie immer in besonderer Weise gestellt. Vielfach wurden die deutschen Eliten für den Zusammenbruch der Weimarer Republik und den Aufstieg Hitlers verantwortlich gemacht. Ebenso ist offenkundig, daß die unterschiedliche Entwicklung der beiden Teile Deutschlands nach 1945 in erster Linie ein Werk der Eliten war, die hier nach dem Zweiten Weltkrieg die politische Macht übernahmen. Von daher erhebt sich die Frage, wie sich diese politischen Systembrüche auf die Struktur und die soziale Zusammensetzung der deutschen Eliten ausgewirkt haben.

Die Daten- und Literaturlage über die Strukturmerkmale und den Wandel der deutschen Eliten seit dem Kaiserreich ist im internationalen Vergleich exzellent. Für die Zeit vor 1945 sind dabei vor allem die Untersuchungen von Zapf und Best zu nennen, die sich auf biographisches Material gestützt haben. Elitenumfragen, die zusätzlich auch Auskunft über die politischen Orientierungen der Eliten geben können, gibt es erst seit den 50er Jahren und für die Zeit vor 1989 auch nur für die alte Bundesrepublik. Hier sind vor allem vier Umfragen zu nennen, die es aufgrund ihrer relativ großen Fallzahlen erlauben, die Veränderungen in der Elitestructur und den politischen Orientierungen der Eliten seit den 60er Jahren zu analysieren und auch die Auswirkungen des politischen Umbruchs in den neuen Bundesländern und der Vereinigung Deutschlands auf die Elitestructur zu bestimmen. Es handelt sich dabei um die Mannheimer Elitestudien von 1968, 1972 und 1981 sowie die Potsdamer Elitestudie von 1995, für die erstmalig eine gesamtdeutsche Positionenauswahl zugrundegelegt wurde (vgl. Tabelle 1).²

Tabelle 1: Befragtenzahlen der Mannheimer und Potsdamer Elitestudien 1968–1995 (Spaltenprozent)

Sektor	1968		1972		1981		1995	
	n	%	n	%	n	%	n	%
Politik	120	14,9	285	15,6	274	15,7	338	16,3
Verwaltung	94	11,6	502	27,5	296	17,0	462	22,3
Wirtschaft ¹	222	27,4	447	24,5	459	26,3	407	19,7
Gewerkschaften	69	8,5	49	2,7	87	5,0	85	4,1
Massenmedien	145	17,9	274	15,0	222	12,7	248	12,0
Andere Sektoren ²	158	19,5	268	14,6	406	23,4	529	25,6
Insgesamt	808	100,0	1 825	99,9	1 744	100,1	2 069	100,0

1 Großunternehmen und Wirtschaftsverbände.

2 Wissenschaft, Militär, kommunale Eliten (Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren der wichtigsten Großstädte), Berufsverbände, Neue Soziale Bewegungen (nur 1995), Kirchen, Kultur (nur 1981 und 1995), Justiz (nur 1981 und 1995) u. a.

Quellen: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995 (nur westdeutsche Befragte).

3.2. *Kaiserreich und Weimarer Republik*: Eine Analyse der Beziehungen zwischen Elitestruktur und Demokratie in Deutschland muß mit der Reichsgründung im Jahr 1871 einsetzen. Denn die These vom deutschen Sonderweg geht davon aus, daß diese eine institutionelle Verfestigung vordemokratischer Machtstrukturen mit sich brachte, die sich später als Hypothek für die demokratische Entwicklung Deutschlands erwies. Hauptträger der politischen Ordnung des Kaiserreichs waren Bürokratie und Militär. Nach der vorherrschenden Ideologie der Trennung von Staat und Gesellschaft verkörperten sie das Allgemeinwohl, während politische Parteien und Interessengruppen als Vertreter partikularistischer Interessen galten und dementsprechend abschätzig betrachtet wurden. Der mit der Reichsverfassung geschaffene Dualismus von Exekutive und Legislative verhinderte die volle Parlamentarisierung und Demokratisierung. Da die politischen Parteien keine Verantwortung für die Regierungsbildung trugen, begünstigte die Verfassung des Kaiserreichs zudem die Herausbildung primär ideologisch motivierter Parteien, die nur bedingt zur Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg bereit waren.

Der Übergang zur Weimarer Republik brachte dann 1919 eine parlamentarisch-demokratische Verfassung, war jedoch von keiner nennenswerten Elitentransformation begleitet. Große Teile der in ihren Positionen verbliebenen Eliten in Verwaltung, Justiz, Militär, Wirtschaft und Verbänden standen der neuen Demokratie distanziert bis ablehnend gegenüber. Zudem verharteten selbst die Eliten der demokratischen Parteien in ihrem ideologischen Lagerdenken und verkannten, daß ihnen mit der Parlamentarisierung auch die Verantwortung für die Bildung stabiler Regierungsmehrheiten zugefallen war. Angesichts der drängenden sozio-ökonomischen Probleme schätzten sie die Gefahr einer Erosion der eigenen Wählerbasis aufgrund von Kompromissen mit dem politischen Gegner höher ein als die Gefahr, die von der chronischen Regierungsinstabilität ausging. Die Probleme der parlamentarischen Mehrheitsbildung wurden durch die Präsenz links- und rechtsextremistischer Parteien noch verschärft. Die so entstandene Machtstruktur zeichnete sich also insgesamt durch einen extremen Pluralismus bei gleichzeitiger Unfähigkeit der Eliten zur Überbrückung der tiefgreifenden sozial- und wirtschaftspolitischen Interessenkonflikte aus.

Die nationalsozialistische Herrschaft führte dann zu einem durchgreifenden Elitenwandel, der in der zunehmenden Übernahme auch nicht unmittelbar politischer Führungspositionen durch nationalsozialistische Parteigänger bestand. Nach der Machtübernahme, die im übrigen nicht ohne Unterstützung durch Teile der konservativen Eliten möglich gewesen wäre, etablierten die Nationalsozialisten binnen kurzer Zeit ihre Kontrolle über den gesamten Regierungsapparat und erzwangen durch Verbote und Einschüchterung die Gleichschaltung aller wichtigen Interessensorganisationen. Dabei blieb allerdings während der ersten Jahre die Kontinuität in der Organisations- und Personalstruktur weitgehend gewahrt. Erst mit der Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft wurden ab Mitte der 30er Jahre die in ihren Positionen verbliebenen traditionellen Eliten zunehmend entbehrlich und konnten nach und nach durch Nationalsozialisten ersetzt werden. Der einzige Sek-

tor, der während der gesamten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft weitgehend unangetastet blieb, war die Wirtschaft, wobei sich die meisten Unternehmen mit dem Regime arrangierten.

3.3. *Elitenwandel in der alten Bundesrepublik nach 1945*: Nach 1945 fand in Westdeutschland vor allem in den Sektoren Politik und Massenmedien eine durchgreifende organisatorische Umstrukturierung statt. Diese wurde nicht zuletzt durch die Lizenzierungspolitik der alliierten Siegermächte erzwungen, durch die in den ersten Jahren nur solche politischen Parteien und Medien zugelassen wurden, deren Führungspersonal über den Verdacht nationalsozialistischen Mitläufertums erhaben war. Dies begünstigte in diesen beiden Sektoren den Aufbau einer neuen Führungsschicht, in der ehemalige Gegner des Nationalsozialismus tonangebend waren. Daneben boten sich auch Nachwuchskräften, die aus Altersgründen politisch unbelastet waren, schnelle Aufstiegsmöglichkeiten. Ehemalige Mitläufer wurden toleriert, sofern sie bereit waren, sich vorbehaltlos zur Demokratie zu bekennen.

In den übrigen Sektoren war die personelle Kontinuität demgegenüber relativ hoch. Lediglich Führungskräfte, die aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime diskreditiert waren, mußten auf Drängen der Westalliierten ausgewechselt werden. Ganz generell genossen hier Effizienzkriterien Vorrang vor dem Wunsch, politisch belastete Personen aus dem öffentlichen Leben zu entfernen. Neben den Kirchen zeichnete sich die öffentliche Verwaltung durch das höchste Maß an Kontinuität aus. Hier wurde die offizielle Entnazifizierungspolitik im Interesse eines schnellen Wiederaufbaus effektiver Verwaltungsstrukturen schon bald wieder aufgegeben, so daß zahlreiche belastete Führungskräfte nach relativ kurzer Zeit in ihre Ämter zurückkehren konnten. Dementsprechend waren unter den westdeutschen Eliten der 50er Jahre mit Ausnahme der politischen, der Medien- und der Gewerkschaftselite durchweg mindestens zwei Fünftel bereits vor 1940 im selben Beruf bzw. Sektor tätig gewesen.

Die vielfach vertretene These von der Kontinuität der Eliten nach 1945 ist also in ihrer pauschalen Form unzutreffend und muß erheblich differenziert werden. Sie verweist zwar zu Recht darauf, daß ein Großteil des Führungskräfte-reservoirs, das nach dem Kriegsende für die Übernahme von Elitepositionen zur Verfügung stand, durch die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten belastet war. Auch konnten – abgesehen von der engeren nationalsozialistischen Führungsmannschaft – selbst belastete Personen in der Regel sehr schnell wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen und Karriere machen. Der Aufstieg in die Führungsetagen der neuen politischen Parteien war ihnen allerdings mit wenigen Ausnahmen versperrt. Ihre Integration war zudem an die Bedingung gebunden, sich nach außen den neuen politischen Verhältnissen anzupassen.

Andererseits hatte lediglich eine Minderheit der westdeutschen Nachkriegseliten dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus angehört. Die meisten waren Mitläufer gewesen oder hatten in der inneren Emigration verharret.

In der Folgezeit hat sich dann eine Elitestruktur entwickelt, die im wesentlichen der in anderen hochentwickelten, demokratischen Gesellschaften gleicht. Der Wan-

del von einer traditionellen, sozial exklusiven, nationalistischen und antidemokratischen Elite, in der die Gewerkschaften und die SPD bestenfalls als Außenseiter toleriert wurden, zu einer modernen, demokratischen Elite vollzog sich dabei über einen kontinuierlichen Generationenwandel. Da Eliten überwiegend einem im Vergleich zur Gesamtbevölkerung relativ schmalen Alterssegment angehören, verläuft der Generationswandel hier relativ schnell. Während noch 1956³ fast die Hälfte der westdeutschen Eliten vor der Jahrhundertwende geboren war und vier politische Regime, zwei Weltkriege und die deutsche Teilung bewußt erlebt hatte, nahm der Anteil der im Kaiserreich Aufgewachsenen danach schnell ab. Allerdings wurde die westdeutsche Elite noch bis Mitte der 80er Jahre durch Personen dominiert, die durch die Erfahrung des Nationalsozialismus und durch Weltkriegserlebnisse geprägt waren (vgl. Tabelle 2). Dieser Erfahrungshintergrund hat in diesen Generationen eine Sensibilität für die historischen Belastungen Deutschlands geweckt, die den Nachkriegsgenerationen eher fremd ist. Demokratie und Wohlstand sind für

Tabelle 2: Generationswandel in der westdeutschen Elite 1968–1995
(Spaltenprozent)

Generation ²	1968		1972		1981		1995		Bevölkerung 1996 ¹	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Kaiserreich (–1903)	102	12,6	56	3,1	2	0,1	–	–	2	0,1
Weimarer Republik (1904–1917)	394	48,8	657	36,0	102	6,0	7	0,3	67	2,8
Nazizeit (1918–1930)	289	35,8	890	48,8	1 027	59,0	117	5,7	292	12,2
Nachkrieg (1931–1945)	23	2,8	221	12,1	593	34,1	1 419	68,6	590	24,6
Wohlstand/ Protest (1946–1960)	–	–	–	–	16	0,9	487	23,5	651	27,1
Neue Soziale Bewegungen (1961–1970)	–	–	–	–	–	–	393	1,9	541	22,6
1989er (1971–)	–	–	–	–	–	–	–	–	255	10,6
Insgesamt	808	100,0	1824	100,0	1 740	100,1	2 069	100,0	2 398	100,0

1 Westdeutsche Bevölkerung ab 18 Jahren.

2 Für die Benennung der Generationen wurde das Alter von 14–18 Jahren als ausschlaggebend für die generationstypische politische Prägung zugrundegelegt.

3 Einschließlich zwei Befragten des Jahrgangs 1971.

Quellen: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995 (nur westdeutsche Befragte); ALLBUS 1996 (westdeutsche Befragte ab 18 Jahren).

sie zudem nicht so selbstverständlich wie für die Nachgeborenen. Dies begünstigt unterschiedliche Problemwahrnehmungen und hat dazu beigetragen, daß die älteren Angehörigen der Elite 1989/90 vorbehaltlos die Verantwortung der alten Bundesrepublik für den Aufbau Ostdeutschlands bejahten und für eine Vereinigung Deutschlands eintraten, während viele der jüngeren Eliten sich mit der deutschen Zweistaatlichkeit abgefunden hatten und dementsprechend die Vereinigung lieber aufgeschoben hätten.

Im Hinblick auf die soziale Komposition der Eliten hatte paradoxerweise bereits die nationalsozialistische Herrschaft den Aufstieg neuer sozialer Gruppen in die Eliten begünstigt. Die Bildungsexpansion sowie die zunehmende soziale und regionale Mobilität führten dann nach 1945 zu einer weiteren sozialen Öffnung der Eliten, die heute von Personen dominiert werden, die der gehobenen Dienstklasse entstammen. Daneben hat die Akademisierung der Eliten, die schon immer relativ hoch war, seit den 60er Jahren noch zugenommen. Zunehmend ist dabei eine akademische Ausbildung auch in denjenigen Sektoren wichtig geworden, die traditionell Aufstiegschancen für die Angehörigen unterprivilegierter sozialer Gruppen bildeten, nämlich die SPD und die Gewerkschaften. Heute unterscheidet sich die Führung der SPD im Hinblick auf ihren Akademisierungsgrad nicht mehr von den Führungsgruppen der übrigen politischen Parteien, und selbst in der Gewerkschaftselite hat eine wachsende Minderheit einen Universitätsabschluß vorzuweisen. Dies ist einerseits eine Folge der allgemeinen Bildungsexpansion, verweist aber darüber hinaus auch darauf, daß intellektuelle Schulung und abstrakte Kenntnisse für die Einnahme von Führungspositionen in modernen Gesellschaften zunehmend wichtiger geworden sind.

3.4. Die Entwicklung in der DDR bis 1989: In der sowjetischen Besatzungszone erfolgte nach 1945 eine durch die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD-Führung gesteuerte umfassende Elitentransformation. Die gesamte alte Führungsschicht wurde durch Personen ersetzt, die der KPD bzw. der SED angehörten oder ihr zumindest nahestanden. Dieser Elitenaustausch erstreckte sich auch auf den Wirtschaftssektor. Dabei genoß die Etablierung einer vollständigen politischen Kontrolle über die Gesellschaft eindeutigen Vorrang gegenüber Effizienzkriterien. Dementsprechend verzögerte sich im Vergleich zu Westdeutschland der Wiederaufbau von Verwaltungs-, Justiz- und Wirtschaftsstrukturen.

Analysen der DDR-Elite zeigen, daß es sich dabei um eine gerontokratische, monopolistische und von der Gesellschaft abgehobene Elitenformation handelte.⁴ Interne Differenzierungen nach Generation oder Sektor spielten eine nur untergeordnete Rolle. Der einzig relevante Rekrutierungskanal war der Aufstieg über die Parteihierarchie. Nachdem das SED-Regime sich mit dem Mauerbau konsolidiert hatte, bahnte sich in den 60er Jahren ein Generationswechsel innerhalb der DDR-Elite an, von dem sich viele Beobachter eine Umorientierung der DDR-Politik in Richtung auf einen pragmatischeren ökonomischen und politischen Kurs versprochen. Die entsprechenden Reformansätze erwiesen sich aber als kurzlebig. Statt dessen erneuerte sich die SED-Führung über die Jahrzehnte des Bestehens der

DDR nur minimal, und das Durchschnittsalter der DDR-Elite nahm im Verlauf der Jahre beträchtlich zu.

3.5. Die Revolution von 1989 und die Vereinigung Deutschlands: Das Gebiet der neuen Bundesländer erlebte während der politischen Wende 1989/90 zum zweiten Mal seit 1945 einen abrupten Elitenwandel. Die Notwendigkeit einer schnellen Ablösung der DDR-Elite ergab sich sowohl aus deren Überalterung, als auch aus der monopolistischen Machtstruktur der DDR. Anders als 1945 in Westdeutschland waren nach fast 57 Jahren Diktatur allerdings keine organisatorischen Erfahrungen aus vortotalitärer Zeit mehr vorhanden, an die hätte angeknüpft werden können. Zudem mußte die Struktur der Wirtschaft neu geordnet werden. Mit der Ablösung der SED von der Macht entstand daher ein Elitenvakuum. Dementsprechend erstreckte sich der Elitenaustausch nicht nur auf die politische Elite im engeren Sinne, sondern auch auf alle übrigen Eliten.

Innerhalb des kurzen Zeitraums vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 pluralisierte sich die ostdeutsche Elitestruktur durch eine zunehmende Unabhängigkeit der zuvor von der SED kontrollierten Blockparteien, Massenorganisationen und Medien. Zusätzlich wurden neue Parteien und Interessengruppen gegründet. Ab Anfang 1990 wurde die Elitentransformation allerdings weitgehend durch die Dynamik des Prozesses der deutschen Vereinigung bestimmt. Dabei bestand von Anfang an weitgehender Konsens darüber, daß sich die Vereinigung unter »westlichen Vorzeichen vollziehen sollte, d. h. durch Übernahme des Institutionensystems und des intermediären Systems der alten Bundesrepublik. Westdeutsche Parteien und Verbände versuchten daher bereits ab Anfang 1990, über Fusionen mit ihren ostdeutschen Pendanten in der zunächst noch selbständigen DDR Fuß zu fassen. Die Zusammenschlüsse der ost- und westdeutschen Organisationen erfolgten dabei nicht paritätisch, sondern wurden durch die westdeutschen Partner dominiert. Dies war teilweise eine einfache Konsequenz des Zahlenverhältnisses bei den Mitgliedern. Aber mehr noch resultierte dieses Mißverhältnis aus der mangelnden Erfahrung der Ostdeutschen in westlichen Managementmethoden wie auch aus der größeren Finanzkraft der westdeutschen Organisationen.

4. Die gesamtdeutsche Elite seit 1990

4.1. Repräsentation von Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Elite: Angesichts der Tatsache, daß mit der Vereinigung Deutschlands nicht nur das Grundgesetz, sondern auch die gesamte Verwaltungsstruktur, die Struktur des Interessengruppensystems sowie die wirtschaftlichen Strukturen auf die neuen Bundesländer übertragen wurden, ist es nicht weiter verwunderlich, daß Ostdeutsche innerhalb der neuen gesamtdeutschen Elite unterrepräsentiert sind (vgl. Tabelle 3). Dabei fällt diese Unterrepräsentation allerdings sektorspezifisch unterschiedlich aus. Nur 12 % der 1995 befragten Positionseliten waren Ostdeutsche, die vor 1989 in der DDR lebten. Im Sektor Politik sind die Ostdeutschen dabei mit 32 % am stärksten vertreten, in der Wirtschaftselite und im Militär am schwächsten. Der im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hohe Anteil der Ostdeutschen in der politischen Elite ist darauf zu-

Tabelle 3: Ost- und Westdeutsche in der deutschen Elite 1995
(Zeilenprozent)

Sektor	Insgesamt	West		Ost	
	n	n	%	n	%
Politik: CDU/CSU	119	86	72,3	33	27,7
Politik: SPD	141	98	69,5	43	30,5
Politik: F.D.P.	63	49	77,8	14	22,2
Politik: Bündnis 90/Grüne	116	86	74,1	30	25,9
Politik: PDS	44	7	15,9	37	84,1
Politik insgesamt ¹	498	338	67,9	160	32,1
Verwaltung	474	462	97,5	12	2,5
Großunternehmen	249	248	99,6	1	0,4
Wirtschaftsverbände	173	159	91,9	14	8,1
Gewerkschaften	97	85	87,6	12	12,4
Massenmedien	281	248	88,3	33	11,7
Nichtpolitische Eliten insgesamt	1 843	1 731	93,9	112	6,1
Insgesamt	2 341	2 069	88,4	272	11,6

¹ Einschließlich 15 Politikern ohne Parteimitgliedschaft.

Quelle: Postdamer Elitestudie 1995.

rückzuführen, daß aufgrund der relativ großen Zahl der neuen Bundesländer und der Vertretung der PDS in den ostdeutschen Landesparlamenten die Zahl der politischen Führungspositionen hier relativ hoch ist.

4.2. *Elitentransfer aus den alten Bundesländern:* Angesichts des Mangels an einschlägig qualifiziertem ostdeutschem Personal wurde bei der Besetzung von Führungspositionen in den neuen Bundesländern vielfach auf westdeutsche Führungskräfte zurückgegriffen. Die Möglichkeit dieses Elitentransfers ergab sich aus der spezifischen Konstellation der deutschen Teilung und ist insofern als historischer Ausnahmefall zu betrachten. Eine Unterteilung der Befragten nach ihrem Arbeitsort erlaubt es, das Gewicht der aus den neuen Bundesländern stammenden Eliten in der gesamtdeutschen Elite sowie das Ausmaß des Elitentransfers genauer zu bestimmen (vgl. Tabelle 4). Dabei zeigt sich zunächst, daß der Anteil der Politiker aus den neuen Bundesländern in der Bundespolitik in etwa dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entspricht. Unter den Landespolitikern in den neuen Bundesländern ist der Elitentransfer mit fast 15 % zwar nicht unbeträchtlich, aber in ihrer großen Mehrheit stammen diese doch aus dem jeweiligen Bundesland. Die westdeutschen Politikerimporte finden sich zudem vor allem in den Landesexekutiven. Die aus Westdeutschland stammenden Landesminister gehörten dabei zunächst mit einer Ausnahme nicht den entsprechenden Landtagen an. Von der ersten zur zweiten Wahlperiode ergab sich jedoch eine »Normalisierung« in dem Sinne, daß einerseits der Anteil der West-

deutschen in den ostdeutschen Landesexekutiven von einem Drittel auf ein Viertel zurückgegangen ist, und andererseits die Rekrutierung der Exekutive aus den Parlamenten von 46 % auf 75 % zugenommen hat. Inzwischen gehören sechs der 13 aus Westdeutschland stammenden Landesminister dem jeweiligen Landtag an. Hieraus kann man schließen, daß sie sich dauerhaft in diesen Bundesländern niedergelassen haben und damit nur noch bedingt als »Wessis« betrachtet werden können.

Der Elitentransfer war vor allem in der Verwaltung ausgeprägt. Ganz abgesehen davon, daß das Gros der Bundesbehörden bislang an seinen Standorten im Westen verblieben ist, und es in der Bundesverwaltung kaum ostdeutsche Spitzenbeamte gibt, ist der Anteil der »Westimporte« auch in der Spitze der Landesverwaltungen der neuen Bundesländer mit 87,3 % außerordentlich hoch. Dies ist primär darauf zurückzuführen, daß in den oberen Rängen der Ministerialbürokratie juristische Kenntnisse unverzichtbar sind, über die Ostdeutsche zunächst nicht verfügen. Dies gilt insbesondere für die Justiz-, Wirtschafts- und Finanzministerien, wo selbst auf den unteren Rängen die Westdeutschen dominieren, während in den Ministerien, in denen technische Aufgaben im Vordergrund stehen (z. B. Landwirtschafts- und Umweltministerien), der Anteil der Westdeutschen deutlich geringer ist.⁵

In einigen anderen Sektoren, v. a. in der Wirtschaft, in den Verbänden und im Militär, bedurfte es eines Elitentransfers dagegen schon alleine aus dem Grunde nicht, weil praktisch alle Organisationszentralen im Westen verblieben sind. Dies ist daraus ersichtlich, daß nur ein gutes Zehntel der Befragten in diesen Sektoren ihren Arbeitsplatz in den neuen Bundesländern haben. Aber selbst von diesen stammt fast die Hälfte aus den alten Bundesländern, während umgekehrt lediglich eine verschwindend kleine Zahl der im Westen tätigen Eliten vor 1989 in der DDR gelebt hat.

Tabelle 4: Rekrutierung des Führungspersonals in Bund und Ländern aus den neuen und alten Bundesländern und Häufigkeit des Kontakts mit dem Führungspersonal der neuen/alten Bundesländer (Spaltenprozent)

	Tätigkeitsbereich und Einsatzort ¹							
	Politik Bund	Landespolitik ABL	Landespolitik NBL	Verwaltung Bund	Verwaltung ABL	Verwaltung NBL	Andere Sektoren ABL	Andere Sektoren NBL
	Regionale Herkunft							
West	77,7	98,4	13,1	98,4	100,0	87,3	98,6	46,8
Ost	22,3	1,6	85,9	1,6	0,0	12,7	1,4	53,2
	Häufigkeit des Kontakts mit Führungspersonal in den alten/neuen Bundesländern ²							
oft	68,5	37,6	58,0	51,3	50,0	85,2	43,0	73,0
selten/nic	31,5	62,4	42,0	48,7	50,0	14,8	57,0	27,0

1 27 Befragte mit Einsatzort im Ausland (z. B. EU-Verwaltung, NATO) nicht berücksichtigt.

2 Politik und Verwaltung Bund bzw. Einsatzort ABL: Kontakt mit NBL; Einsatzort NBL: Kontakt mit ABL.

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995.

Allerdings ist der Elitentransfer auf den unteren Führungsebenen vor allem in denjenigen Bereichen weniger ausgeprägt gewesen, in denen genügend ostdeutsche Anwärter mit den entsprechenden Qualifikationsvoraussetzungen zur Verfügung standen. So sind beispielsweise im Wirtschaftssektor die meisten Unternehmen zwar in Westbesitz, für die Besetzung von Managementpositionen wurde jedoch überwiegend ortsansässiges Personal übernommen oder neu rekrutiert.⁶

4.3. Frühere Parteimitgliedschaften und politische Funktionen der ostdeutschen Eliten: Ähnlich wie in Westdeutschland nach 1945 hat in den neuen Bundesländern nach 1989 ein umfassender Austausch der politischen Elite stattgefunden, der sich selbst auf die PDS erstreckte. Praktisch das gesamte politische Führungspersonal – einschließlich ehemaliger Reformen wie Hans Modrow – wurde abgelöst. Allerdings war eine große Zahl der neuen ostdeutschen Politiker bereits zu DDR-Zeiten Mitglied in der SED oder einer Blockpartei. Der Anteil variiert dabei stark zwischen den Parteien. Zwei Drittel der in der Potsdamer Elitestudie 1995 befragten ostdeutschen Spitzenpolitiker der CDU und sogar über vier Fünftel der FDP-Politiker waren Mitglied einer Blockpartei. Über neun Zehntel der führenden PDS-Politiker hatten vor 1989 der SED angehört. Bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen liegen die Anteilswerte dagegen weit niedriger, nämlich bei einem Zehntel bzw. einem Fünftel. Auch beim ostdeutschen Führungspersonal in den übrigen Sektoren beträgt der Anteil der ehemaligen SED-Mitglieder zwei Fünftel, und ein weiteres Zehntel gehörte einer der Blockparteien an. Andererseits waren aber die meisten Angehörigen der neuen ostdeutschen Elite lediglich passive Parteimitglieder und nahmen keine oder zumindest keine wichtigen Parteifunktionen wahr. Die Ergebnisse bestätigen also primär, daß in der DDR – wie generell in totalitären Systemen – eine Parteimitgliedschaft fast unabdingbare Voraussetzung für berufliches Fortkommen war.

Dementsprechend spielte die ehemalige Opposition als Rekrutierungsreservoir für die neue ostdeutsche Elite nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich 30 % der Befragten gaben an, vor 1989 einer oppositionellen Organisation angehört zu haben. Dieser Wert ist zwar höher als der Anteil der Nazigeegner in der frühen westdeutschen Elite. Berücksichtigt man jedoch die späte Entwicklung einer größeren Oppositionsbewegung in der DDR erst im Verlauf des Sommers 1989, so steht zu vermuten, daß die meisten der genannten Mitgliedschaften sich auf diese Zeit beziehen, zu der das SED-Regime bereits stark geschwächt und sein Ende absehbar war. Hierfür spricht auch, daß ein Viertel der Mitglieder der ehemaligen Blockparteien und sogar fast ein Zehntel der ehemaligen SED-Mitglieder zusätzlich zu ihrer Parteimitgliedschaft auch eine Mitgliedschaft in Oppositionsgruppen angaben. Zieht man diese Befragten ab, so vermindert sich der Anteil der Angehörigen der ehemaligen Opposition auf etwas über ein Fünftel. Über die Hälfte dieser Befragten sind Politiker von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, also der beiden Parteien, die keine Wurzeln im alten System haben. Alles in allem gilt auch für die neue ostdeutsche Elite das für die westdeutsche Nachkriegselite konstatierte Muster. Ihre Angehörigen gehörten mehrheitlich weder der alten Elite, noch dem Widerstand, sondern der »Grauzone« der Mitläufer an.

4.4. *Ostdeutsche Eliten – Anpassung an westliche Muster oder Sonderidentität?* Mit der Entscheidung für die Angliederung der DDR an die alte Bundesrepublik wurden die seit 1949 bewährten politischen Institutionen auf die neuen Bundesländer übertragen. Wie bereits gezeigt wurde, hat dies – mit der Ausnahme des Sektors Politik – zu einer Dominanz der Westdeutschen in der gesamtdeutschen Elite geführt, die sich selbst auf die Landesverwaltungen und andere Organisationen mit Sitz in den neuen Bundesländern erstreckt. Wie aus zahlreichen Bevölkerungsumfragen bekannt, hat dies bei den Bürgern der neuen Bundesländer z. T. politische Entfremdungsgefühle ausgelöst. Neuere Bevölkerungsumfragen zeigen zudem eine Asymmetrie in den Kontaktmustern und in der Bereitschaft, von den Menschen im anderen Teil Deutschlands zu lernen. Während die Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern sich durch Reisen in die alten Länder aus eigener Anschauung über die Lebensbedingungen im Westen informiert, ist dies umgekehrt weit weniger der Fall. Ansatzweise läßt sich ein vergleichbares Muster auch auf der Elitenbene zeigen. Landespolitiker und Angehörige der Verwaltungselite in den neuen Bundesländern haben weit häufiger regelmäßige Kontakte mit dem Führungspersonal der alten Bundesländer als umgekehrt (vgl. Tabelle 4). Darüber hinaus gaben die Angehörigen beider Seiten mehrheitlich an, daß die Zusammenarbeit mit Personen aus der anderen Region besondere Rücksichten erfordert. Dies spricht für – zumindest anfänglich – erhebliche Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den ost- und den westdeutschen Eliten. Allerdings konstatierte die große Mehrheit bereits 1995, das Arbeitsverhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen sei über die Zeit besser geworden.

Die aus den neuen Bundesländern stammenden Eliten sind deutlich jünger als ihre westlichen Pendanten und haben durch den politischen Umbruch fast durchweg einen Karrierebruch erlitten. Dies ist typisch für neue Eliten, die im Gefolge politischer Machtveränderungen in Führungspositionen einrücken, und galt in den ersten Jahren beispielsweise auch für die Politiker der Grünen. Erfahrungsgemäß bringt die Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse dann eine rasche Angleichung der neuen Eliten an die üblichen Karrieremuster mit sich. Verschiedene Untersuchungen über die Karrieremuster ostdeutscher Politiker bestätigen solche Angleichungstendenzen wie beispielsweise eine abnehmende Fluktuation bei den Kandidaturen für politische Ämter sowie eine zunehmende Verflechtung zwischen Parteiämtern und parlamentarischen Mandaten.⁷

5. **Fazit:** Die Wandlungen in der deutschen Elite seit Beginn des Jahrhunderts reflektieren einmal die tiefgreifenden Veränderungen, die in diesem Zeitraum in der deutschen Gesellschaft stattgefunden haben. Die sozioökonomische Modernisierung hat ihr soziales Rekrutierungsfeld verbreitert, während gleichzeitig die Anforderungen an ihre Bildungsqualifikationen selbst in denjenigen Sektoren zugenommen haben, in denen diese traditionell eine nur untergeordnete Rolle spielten.

Das Ausmaß der Elitentransformation im Gefolge der verschiedenen politischen Systembrüche gibt darüber hinaus Auskunft darüber, wie tiefgreifend die sozialen Veränderungen waren, die mit dem jeweiligen Systembruch einhergingen. Der Über-

gang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik war durch ein hohes Maß an Kontinuität gekennzeichnet, was dazu führte, daß die Konfliktlinien des Kaiserreichs unvermindert weiterbestanden und nun, da keine obrigkeitstaatliche Exekutive mehr vorhanden war, zur Regierungsinstabilität und schließlich zur Unregierbarkeit führten. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten brachte dann eine neue politische Elite an die Macht, bewahrte jedoch die traditionellen sozialen Strukturen. Auch bei Gründung der Bundesrepublik überwog die Elitenkontinuität, und die Veränderungen beschränkten sich vor allem auf Politik und Massenmedien.

Ganz anders vollzog sich dagegen die Entwicklung in Ostdeutschland. Hier fand sowohl nach 1945 als auch nach 1989 eine durchgreifende Elitentransformation statt, die sich nicht auf die politische Elite im engeren Sinne beschränkte, sondern sich auch auf alle übrigen Eliten erstreckte. Während diese Transformation nach 1945 mit einer Ersetzung qualifizierten und erfahrenen, wenn auch politisch belasteten Führungspersonals durch SED-Parteigänger ohne vergleichbare Qualifikationen verbunden war, was den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg behinderte, bestand nach 1989 die Möglichkeit des Elitentransfers aus den alten Bundesländern. Der Preis hierfür war die weitgehende Ersetzung einheimischer Eliten durch solche aus dem Westen und eine massive Unterrepräsentation der Ostdeutschen nicht nur in der gesamtdeutschen Elite, sondern auch auf den darunterliegenden Führungsebenen. Dabei sind allerdings beträchtliche sektorspezifische Unterschiede zu konstatieren. Während Ostdeutsche auf den Führungsebenen der öffentlichen Verwaltung, der Justiz, der Bundeswehr und der Wirtschaft, also in den typischen *Karriereeliten*, fast nicht vertreten sind, sind sie in den durch Wahl bestimmten *Delegationseliten*, d. h. in Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und vor allem in der Politik, wesentlich besser repräsentiert. Da die gegenwärtigen Inhaber von Führungspositionen der zweiten Ebene der Pool für die Rekrutierung der nächsten Elitengeneration darstellen, kann man erwarten, daß diese Unterrepräsentation der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Elite noch längere Zeit andauern wird und einstweilen nur durch ihre relativ starke Repräsentation im Sektor Politik ausgeglichen wird.

Wilhelm Bürklin/Ursula Hoffmann-Lange

Anmerkungen:

- 1 Vgl. J. Higley/J. Kullberg/J. Pakulski: The Persistence of Postcommunist Elites, in: *Journal of Democracy*, 7/1996, S. 133–147.
- 2 Vgl. U. Hoffmann-Lange: *Eliten und Demokratie in Deutschland*. Opladen 1992; W. Bürklin/H. Rebenstorf u. a.: *Eliten in Deutschland*, Opladen 1997.
- 3 L. J. Edinger: Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic, in: *American Political Science Review*, 54/1960, S. 58–82.
- 4 Vgl. G. Meyer: *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker*, Tübingen 1991; E. Schneider: *Die politische Funktionseelite der DDR*, Opladen 1994.

- 5 Vgl. H.-U. Derlien: Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration, in: Helmut Wollmann u. a.: Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 329–415, hier S. 377 ff.
- 6 P. Windolf: Die Transformation der ostdeutschen Betriebe, in: Berliner Journal für Soziologie, 4/1996, S. 467–488.
- 7 Vgl. S. Lock: Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990–1994. Vom personellen Neubeginn zur politischen Professionalisierung?, Berlin 1998, S. 181 ff.

Literatur:

BEST, HEINRICH: Mandat ohne Macht. Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867–1933, in: Ders. (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 175–222. □ BÜRKLIN, WILHELM U. A.: Eliten in Deutschland, Opladen 1997. □ DERLIEN, HANS-ULRICH: Elitezirkulation zwischen Implosion und Integration, in: Helmut Wollmann u. a.: Transformation der politisch-administrativen Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 329–415. □ EDINGER, LEWIS J.: Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic, in: American Political Science Review, 54/1960, S. 58–82. □ HIGLEY, JOHN/JUDITH KULLBERG/JAN PAKULSKI: The Persistence of Postcommunist Elites, in: Journal of Democracy, 7/1996, S. 133–147. □ HOFFMANN-LANGE, URSULA: Eliten und Demokratie in Deutschland, Opladen 1992. □ DIES.: Demokratieentwicklung und Elitentransformation in Deutschland, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 23/1997, S. 507–530. □ LOCK, STEFAN: Ostdeutsche Landtagsabgeordnete 1990–1994. Vom personellen Neubeginn zur politischen Professionalisierung?, Berlin 1998. □ MEYER, GERD: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991. □ SCHNEIDER, EBERHARD: Die politische Funktionselite der DDR, Opladen 1994. □ WINDOLF, PAUL: Die Transformation der ostdeutschen Betriebe, in: Berliner Journal für Soziologie, 4/1996, S. 467–488.